

## Das Schwächeln der Wohlstandsmaschine Deutschland

Welt, 11.07.2023, Daniel Eckert

[https://www.welt.de/wirtschaft/plus246322216/Inflation-und-sinkende-Einkommen-Das-Ende-der-Wohlstandsmaschine-D.html?sc\\_src=email\\_4570310&sc\\_lid=466014716&sc\\_uid=9b9AoAfTYB&sc\\_lid=4515&sc\\_cid=4570310&cid=email.crm.redaktion.newsletter.wirtschaft&sc\\_eh=94c824e22aa172ca1](https://www.welt.de/wirtschaft/plus246322216/Inflation-und-sinkende-Einkommen-Das-Ende-der-Wohlstandsmaschine-D.html?sc_src=email_4570310&sc_lid=466014716&sc_uid=9b9AoAfTYB&sc_lid=4515&sc_cid=4570310&cid=email.crm.redaktion.newsletter.wirtschaft&sc_eh=94c824e22aa172ca1)

Die Einkommen der Normalverdiener können nicht mehr mit der Inflation mithalten, der Lebensstandard knickt ein. Daran wird sich so lange nichts ändern, bis die Produktivität zulegt. Sonst drohen schon bald dramatische Verteilungskonflikte.

Deutschland hat ein Problem. Die früher bewährte Wohlstandsmaschine ist ins Stocken gekommen. Trotz Wirtschaftskrise bleibt die Beschäftigung zwar auf hohem Niveau. Doch in der Mitte der Gesellschaft steigen Löhne und Gehälter nur noch langsam – zuletzt sogar deutlich geringer als die Verbraucherpreise, woraus sich ein Reallohnverlust ergibt. In der Geschichte der Bundesrepublik ist ein solcher Knick im Lebensstandard einmalig, und er könnte gewissermaßen das Vorbeben für eine viel größere Erschütterung sein.

Die Solidität der gesetzlichen Rente basiert darauf, dass das Gros der Erwerbstätigen ihren Lebensstandard zumindest aufrechterhalten kann. Vor allem muss sich Mehrarbeit – altdeutsch auch „Fleiß“ genannt – lohnen.

Genau das aber ist zuletzt nicht mehr eindeutig feststellbar. Die Zahl der Menschen in Lohn und Brot ist zwar gestiegen, die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden aber deutlich weniger. Der durchschnittliche Erwerbstätige arbeitet statistisch also weniger.

War ein Beschäftigter hierzulande Ende der 1990er-Jahre im Schnitt noch rund 1500 Stunden pro Jahr im Job produktiv, so waren es zuletzt weniger als 1350, wie aus Daten der Industrieländerorganisation OECD hervorgeht. In keinem anderen Industrieland war der Rückgang der Arbeitsleistung so ausgeprägt.

Für viele Wirtschaftswissenschaftler deutet das darauf hin, dass die Bundesrepublik ihr Arbeitskräftepotenzial weitgehend ausgeschöpft hat: Da Arbeitnehmer immer älter sind, können oder wollen sie oft nicht mehr so viel Zeit im Betrieb verbringen. Mütter, die zumindest in Westdeutschland heute viel häufiger berufstätig sind als noch vor der Jahrhundertwende, stehen vor der Herausforderung, Familie und Beruf irgendwie zu vereinbaren: Sie entscheiden sich überproportional häufig für eine Teilzeitstelle. Das alles hat dazu geführt, dass die Zahl der Arbeitsstunden zurückgeht.

Mit großer Wahrscheinlichkeit tragen auch hohe Steuern und Abgaben tragen dazu bei, dass Mehrarbeit für viele keine Option ist. Die aktuelle Bundesregierung hat zwar die Lohn- und Einkommensteuer nicht erhöht, doch im internationalen Vergleich ist die Belastung schon jetzt sehr hoch. Laut volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung lag die Steuer- und Abgabenquote zuletzt bei 42 Prozent. Zum Vergleich: Im Jahr 1960 gingen nur gut 33 Prozent der Bruttoverdienste an den Staat, noch 2010 waren es weniger als 40 Prozent.

Gutverdiener bekommen das besonders zu spüren, zumal sich die Definition von Gutverdiener im Laufe der Jahrzehnte deutlich verschoben hat. In anderen Ländern gibt es höhere Spitzensteuersätze – Typisch für Deutschland ist aber, dass nur wenig mehr als das Durchschnittsgehalt nötig ist, damit ein Teil des Einkommens vom höchsten regulären Steuersatz erfasst wird.

Im Jahr 2022 griff der schon ab dem 58.597. verdienten Euro. Das war das 1,2-Fache des Durchschnittsverdiensts eines Vollzeitbeschäftigten. Noch zur Jahrtausendwende musste ein Arbeitnehmer etwa das Doppelte des durchschnittlichen Jahres-Brutto auf der Gehaltsabrechnung haben, um vom Finanzamt als Spitzenverdiener angesehen zu werden. In den 1970er-Jahren war es mehr als das Fünffache und in den 1950er-Jahren – damals allerdings mit höherem Spitzensteuersatz von 53 Prozent – sogar mehr als das 20-fache. Im Jahr 2023 soll der Spitzensteuersatz laut Bundesfinanzministeriums ab einem Einkommen von 62.810 Euro greifen.

Ob die starke Steuerprogression dazu führt, dass Arbeitnehmer sich für mehr Freizeit und weniger Arbeit entscheiden, ist umstritten. Fest steht, dass künftig noch mehr Rentner einer eher stagnierenden Zahl von Erwerbstätigen gegenüberstehen wird.

Das heimische Potenzial ist ausgeschöpft, und hoch qualifizierte Zuwanderer finden nicht so häufig den Weg nach Deutschland, wie es notwendig wäre, um den demografisch bedingten Rückgang auszugleichen. Neben mangelnden Sprachkenntnissen und Bürokratie fühlen sich die ausländischen Fachkräfte oft durch die hohe Steuer- und Abgabenlast abgeschreckt, wie diverse Untersuchungen zeigen.

Für den Makroökonom Karl Brenke vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) liegt der Schlüssel darin, die Produktivität zu steigern. Doch dem rasanten technischen Fortschritt zum Trotz ist der Output pro Arbeitnehmer hierzulande kaum noch gestiegen.

Selbst der Output pro Arbeitsstunde macht nur noch minimale Fortschritte. Beim Institut der deutschen Wirtschaft (IW) glaubt man, einen entscheidenden Grund dafür identifiziert zu haben: Innovation und Hightech sind im 21. Jahrhundert zwar allgegenwärtig, Deutschland hat es jedoch versäumt, seine Infrastruktur auf den neuesten Stand zu bringen. Der Mangel an modernem Kapitalstock, argumentieren die Ökonomen Hubertus Bardt und Michael Grömling, führe dazu, dass die Produktivitätsentwicklung stagniert.

Für den Vermögensverwalter Guido Lingnau, der sich intensiv mit den Effekten der Demografie auf Wirtschafts- und Kapitalmärkte auseinandergesetzt hat, wird dies das Land mitten in einen Verteilungskonflikt führen: „Produktivitätsgewinne entstehen bei Unternehmen und Arbeitnehmern“, sagt der Ökonom. Rentner würden davon profitieren, würden sich die gesamtgesellschaftliche Arbeitszeit und die Rentnerzahl proportional entwickeln. Davon sei aber nichts zu sehen.

„Wir müssen alles tun, um Mehrarbeit attraktiver zu machen“, sagt der Ökonom und Buchautor Daniel Stelter, der auch einen erfolgreichen Podcast moderiert. Stelter

fordert eine Reduktion von Abgaben für Erwerbstätigkeit jenseits der Normarbeitszeit, also zum Beispiel weniger Sozialabgaben und Steuern für Überstunden. Außerdem sollten Rentner steuer- und abgabefrei dazuverdienen dürfen. „Generell mehr netto vom Brutto“, lautet seine Devise. Und nicht zuletzt: Sofortige Arbeitserlaubnis für Zuwanderer bei gleichzeitiger Umstellung auf nur Sachleistungen, wie zum Beispiel in Dänemark.

Für Lingnau könnte der Höhepunkt des Verteilungskonflikts circa im Jahr 2045 erreicht sein. Dann – wenn die Babyboomer mehrheitlich über 80 sind – würden die Kosten für Gesundheit und Pflege ihren Höhepunkt erreichen. Aus der Perspektive des professionellen Geldmanagers gibt er einen ganz praktischen Rat: „Wer vor 2000 geboren wurde und dann noch lebt, sollte seine Ersparnisse gut absichern.“

Sollten sich die Konflikte um die Verteilung eines nicht mehr wachsenden Wohlstands-Kuchens tatsächlich in den kommenden zwei Dekaden intensivieren, wäre das eine historische Ironie. Denn die Vierzigerjahre waren bereits im 20. Jahrhundert ein Wendepunkt – damals allerdings zum Guten.

Die erste Hälfte vorigen Jahrhunderts war für die Deutschen nicht nur eine Zeit der Verluste, sondern ökonomisch auch ein verlorenes halbes Jahrhundert gewesen: Kaufkraftbereinigt waren die Durchschnittsentgelte, auf denen die Sozialversicherung basiert, im Jahr 1948 nicht höher als im Jahr 1900.

Erst mit der Einführung der D-Mark im Sommer 1948 und mit der Gründung der Bundesrepublik begann eine neue Ära. Zwar waren die Reallöhne für Arbeiter und Angestellte schon im deutschen Kaiserreich gestiegen, insbesondere zwischen 1891 und 1913. Doch keine Ära in der deutschen Geschichte bescherte Menschen aus der Mitte der Gesellschaft eine solch kontinuierliche Steigerung des Lebensstandards wie die Jahre zwischen 1948 und 1990.

Für Arbeitnehmer waren es goldene Jahre. Damit im 21. Jahrhundert neue goldene Jahre bei alternder Bevölkerung folgen, müsste Europas größte Volkswirtschaft einen Produktivitätsschub zünden. *Wenn die Bundesregierung weise wäre, würde sie die Sommerpause 2023 nutzen, um zu überlegen, wie sie die Wohlstandsmaschine Deutschland schleunigst wieder ans Laufen bringt.*